

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 80=100 (1934)

Heft: 9

Rubrik: Auslandschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaften fröhnenden Masse: Abhandenkommen jedweden Rechtsbegriffs, Verschleuderung des Staatsgutes, Massenermordung von Offizieren usw.

Das war das ruhmlose Ende. Eine Armee, die auf 200 Jahre Tradition zurückblickte, die im Krieg Grosses geleistet, dem Vaterlande die Treue mit dem Blute von Millionen gehalten hatte, war wie weggewischt. Und warum? Weil teils Unfähige, teils Verbrecher sie ihres Fundamentes, der Disziplin, beraubten, dieser unentbehrlichen Grundbedingung jeder menschlichen Ordnung.

Oberstlt. von Werdt.

AUSLANDSCHRONIK

(In der „Auslandschronik“ werden Meldungen über ausländische Wehrfragen und Armeen aus Fach- und Tagespresse monatlich zusammengestellt. Die Zusammenstellung kann aus technischen Gründen keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder zeitliche Unmittelbarkeit erheben.)

Redaktion: Major Karl Brunner, Zürich

Frankreich.

General Denain, der Luftminister, hat vor der Finanzkommission der Kammer den Plan einer Erneuerung der französischen Luftflotte erörtert. Unter Berufung auf die Fortschritte der deutschen Aviatik und die Entwicklung der italienischen Wasserflugzeuge forderte er den Bau von Jagd- und Bombardierungsflugzeugen, die den letzten Anforderungen der Technik entsprechen. Die heutige Tendenz scheint mehr auf den Schutz des Territoriums gegen feindliche Luftangriffe als auf weitgehende Offensive der Luftflotte auszugehen. Die Gefahr des chemischen Luftkrieges, der die Widerstandskraft einer Nation zu Beginn der Feindseligkeiten bedrohen kann, verleihe der Verteidigungsorganisation eine nie dagewesene Wichtigkeit. — Marschall Pétain, der vor der Uebernahme des Kriegsportefeuilles im Ministerium Doumergue mit der Inspektion der Verteidigungsmassnahmen gegen Luftangriffe betraut war, strebt eine Zusammenarbeit der Waffengattungen und die Kombination der verschiedenen Schutzmassnahmen zu Lande, in der Luft und zur See an. Man spricht aufs neue von einem gemeinsamen Organ der Landesverteidigung, das die drei militärischen Verwaltungen in einer Hand vereinigen und einen einheitlichen Verteidigungsplan ermöglichen soll. — Auch die Manöver sollen dieses Jahr in einer kriegsmässigeren Form stattfinden. 15,000 Reservisten werden im September, statt wie bisher zu ihren einzelnen Korps zu stossen, zu einer selbständigen 41. Division vereinigt werden, als handle es sich um die Mobilisation frisch ausgehobener Truppenteile. Das Projekt hatte schon 1926 bestanden, war aber infolge mangelnder Kredite nicht ausgeführt worden. Die Armeeführung will sich über die Verwendbarkeit und Gefechtstüchtigkeit von Reservedivisionen ein Urteil bilden. Im Jahr 1914 hatte sich Joffre vielfach mit ungenügend ausgebildeten Divisionen behelfen müssen, während die deutsche Armee ihre aktiven Korps durch marschbereite Reservekorps verdoppelt hatte und damit ihren Ueberraschungserfolg einleitete. Die Einberufung der 15,000 Mann Reservisten soll nicht eine Demonstration gegenüber dem Auslande sein, sondern die Verwendbarkeit der Reserven für die modernen Erfordernisse der Landesverteidigung erproben.

Eine Abordnung von Armeeingenieuren ist in Maubeuge eingetroffen, um Studien für den Ausbau der französischen Befestigungsanlagen an der Nordgrenze zu machen. Die Ingenieure beabsichtigen, die Durchführbarkeit eines Planes nachzuprüfen, nach dem eine grosse Reihe von französischen Forts zerstört und durch unterirdische Befestigungsanlagen ersetzt werden sollen, wie sie an der französischen Ostgrenze schon bestehen. Nach diesem Plan sollen zunächst alle Forts auf dem rechten Ufer der Sambre geschleift werden, einschliesslich Hauts-Monts, bei deren Verteidigung im Jahre 1914 die

Engländer und Franzosen schwere Verluste erlitten hatten. Acht Generäle der französischen Armee werden in Maubeuge mit den Ingenieuren Besprechungen über diesen Plan abhalten.

Der offiziöse «Matin» veröffentlicht Angaben über die Erweiterung der französischen Festungsarbeiten in den Grenzgebieten. Wie das Blatt mitteilt, werden jetzt auch in Hochsavoyen, im italienisch - französischen Grenzgebiet umfangreiche Fortifikationen angelegt.

Der Marineminister gab vor der Finanzkommission der Kammer Erklärungen über die für sein Ressort geforderten Kredite ab. Von den 825 Mill. Francs, die der Marine zugeteilt sind, sollen 525 Mill. Francs für den Bau und die Auffüllung von Tanks für Rohpetroleum verwendet werden. Diese unterirdischen Reservoirs sollen gegen Angriffe aus der Luft geschützt werden. Die für die Küstenverteidigung bereit gestellten 80 Mill. sollen hauptsächlich zur Errichtung von festen oder mobilen Batterien in Nordafrika, an der Südküste Frankreichs oder an der Küste im Aermelkanal dienen. Schliesslich sollen 150 Mill. für den Bau von geeigneten, auf Kreuzern untergebrachten Flugzeugen und für die Errichtung von Marineflugstationen verwendet werden. — Im zweiten Abschnitt des Flottenprogramms sollen nach den Erklärungen des Ministers Pietry ein Kreuzer vom Typ «Dunkerque» von 26,000 Tonnen, ein Unterseeboot und ein Torpedoschiff gebaut werden; die Gesamttonnage dieser drei Einheiten wird jedoch 40,000 Tonnen nicht überschreiten. Pietry beabsichtigt, das Projekt der Kammer noch vor den Ferien zur Genehmigung vorzulegen.

Italien.

Mussolinis Entschluss, zwei neue, moderne Schlachtschiffe zu je 35,000 Tonnen zu bauen, wird in der italienischen Presse mit dem Misserfolg der Abrüstungskonferenz in Zusammenhang gebracht. «Popolo d'Italia» schreibt, dieses Ereignis bestimme Italien, die nach der Washingtoner Flottenkonferenz eingenommene abwartende Haltung aufzugeben. Ausser der Verteidigung im Mittelmeer und der Sicherung der Alpenpässe habe das neue Italien weitergehende Interessen nicht nur materieller Art zu verteidigen, seien doch die Anforderungen durch die Kraft und das Ausdehnungsvermögen des Volkes des angesehenen Italiens und die Weltgeltung der die neue Zivilisation bestimmenden Lehren überholt worden. Die neuen grossen Linienschiffe seien insofern das Sinnbild der italienischen Weltmacht und der Weltinteressen. Die Leistungsfähigkeit der neuen Schiffe bleibe nicht auf Verteidigungszwecke begrenzt, sondern diene den militärischen Anforderungen des Angriffs auch in entlegenen Gewässern. Durch diesen Schiffbau erreicht Italien die Grenze des in Washington vereinbarten Anteils der Rüstung zur See. Niemand in der Welt wird grössere, leistungsfähigere und, was am wichtigsten sei, modernere Schiffe als diese besitzen. — An Stelle eines Kommentars veröffentlicht der «Corriere della Sera» an erster Stelle eine ausführliche Abhandlung seines Flottensachverständigen über die Lage zur See im Fernen Osten, im besonderen über die amerikanischen, britischen und japanischen Flottenstützpunkte und die Seemacht der einzelnen Staaten. Gleichzeitig kommt der Reisedirektor des «Corriere», C. Tomaselli, in einem aus Japan eingetroffenen Bericht zum Schluss, dass Japan in absehbarer Zeit den Kampf gegen Russland aufnehmen müsse, wenn es nicht in der Mandschurei in eine äusserst schwierige Lage kommen wolle.

Die offizielle Ankündigung der italienischen Regierung, dass sie noch in diesem Jahr zwei Schlachtschiffe in Bau geben werde, hat in Paris, obwohl dieser Schritt Italiens schon seit einiger Zeit erwartet wurde, eine nachhaltige Wirkung hervorgehoben. Das «Journal des Débats» versieht die Meldung mit einer Anmerkung, in der betont wird, Frankreich habe Italien davon unter-

richtet, dass die Schiffe vom Typ der «Dunkerque» nur den Zweck hätten, in der Nordsee die deutschen Kreuzer vom «Deutschland»-Typ in Schach zu halten. Zu diesem Zweck habe Frankreich sich an eine mässige Tonnage gehalten. Die italienische Regierung stelle durch ihren Entschluss die französische Regierung vor ein ernstes Problem. Mit zwei Schlachtschiffen von je 35,000 Tonnen würde Italien die Beherrscherin des Mittelmeers werden. Frankreich würde nicht mehr frei über seine Verbindungen mit Nordafrika verfügen können. Das Blatt erinnert daran, dass Frankreich noch 105,000 Tonnen Panzerschiffe bauen könne, nämlich 70,000 Tonnen aus dem Washingtoner Vertrag, sowie ein Ersatzschiff für den verloren gegangenen Panzerkreuzer «France».

Die italienische Kammer stimmte am Freitag dem Gesetz über die Beförderung der Offiziere zu. Das Gesetz versucht, das sogenannte «Kaderproblem» zu lösen. Infolge der zahlreichen Beförderungen junger Offiziere während des Krieges wurden die Beförderungen in der darauffolgenden Zeit, wenn solche überhaupt vorkamen, sehr selten. Es gibt Hunderte von Hauptleuten, die seit fünfzehn Jahren ihre Beförderung zum Major erwarten, und Hunderte von Majoren werden nicht zum Grad eines Obersten aufrücken können. Das neue Gesetz wird nun Beförderungen zulassen. Man erwartet aber gleichzeitig, dass eine grosse Zahl von Offizieren in den Ruhestand versetzt wird. — Während der Kammerdebatte führte der Kriegsinvalide und Berichterstatter für das Gesetz, Delcroix, in Erinnerung an die letzte Erklärung Mussolinis in der Abrüstungsfrage folgendes aus: «Mussolini hat in der Abrüstungsfrage sein letztes Wort gesprochen, das in ganz Europa einen gelinden Schauer verursachte. Wir haben über dieses Wort nachgedacht. Es widerstrebt uns, zu glauben, dass die alte Welt ihre Vorzugsstellung in einem neuen Kriege endgültig verlieren wolle. Aber wir geben uns keinen Täuschungen hin. Unser Friedenswille ist klar und positiv. Darum müssen wir stark sein. Hierzu soll das Gesetz dienen, dem wir heute zustimmen.»

Oesterreich.

Ein Abkommen zwischen den Heimwehren und der Vaterländischen Front soll dazu dienen, die Vereinheitlichung des politischen Willens in ganz Oesterreich durch Zusammenschluss aller aktiven politischen Verbände zu erzielen. Durchführung dieser Vereinbarung hat der Bundesleiter der Vaterländischen Front in einem Befehl eine Weisung an alle Landes-, Bezirks- und Ortsgruppenleiter ergehen lassen, nach der die Bildung einer einheitlichen Wehrfront angeordnet wird. In dieser Organisation werden die bisher nebeneinander bestehenden Organisationen der Heimwehr, der Ostmärkischen Sturmscharen, des Freiheitsbundes, der christlich-deutschen Turner und der Burgenländischen Landschützen aufgehoben. Des weitern wird die Auflösung aller übrigen Wehrformationen verkündigt. Neugründungen werden untersagt.

Tschechoslowakei.

Anlässlich des 500. Jahrestages der Schlacht von Lipan, die die Hussitenkriege mit einer Niederlage des Tschechentums abschloss, hielt Heeresminister Wradatsch eine politische Rede, die aus der gegenwärtig vorworrenen internationalen Lage die Folgerung zog, dass auch die kleinen Völker sich nur auf die eigene Kraft und nicht auf fremde Hilfe verlassen dürfen. Es müsse eine tüchtige, auf alle Möglichkeiten vorbereitete Armee geschaffen werden. Die Tschechoslowakei sollte nicht auf den Gedanken verfallen, dass eine Verteidigung ihrer Grenzen zu schwierig sei. Die Errungenschaften der Technik erlaubten auch den kleinsten Nationen die Verteidigung ihrer Freiheit.

Grossbritannien.

Im «Daily Telegraph» lässt sich ein Spezialkorrespondent dahin vernehmen, dass die britische Regierung mit der Ankündigung ihres Aufrüstungsprogramms für die Luftwaffe nicht mehr lange warten werde. Dieses Programm sehe die Schaffung, Ausrüstung und Bemannung von 50 neuen Luftgeschwadern innerhalb drei bis fünf Jahren vor. In Regierungskreisen neige man allgemein zur Ansicht, dass die Geschehnisse auf der Abrüstungskonferenz der Regierung die Ausführung der Versprechen nahe legen, die Baldwin im vergangenen Monat dem Unterhaus gegeben habe. Die Schaffung von 50 Geschwadern mit ungefähr 600 Flugmaschinen würde die britischen Luftstreitkräfte annähernd auf die Höhe der französischen bringen.

Wie die «Agence Havas» aus London berichtet, ist die Luftverteidigung Grossbritanniens durch ein Bombengeschwader verstärkt worden, das erste der vier neuen Geschwader, die im Budget 1934 vorgesehen sind.

Auf dem Empire-Luftfahrttag erklärte Luftfahrtminister Lord Londonderry, was auch immer das konkrete Ergebnis der Genfer Friedensbestrebungen sein möge, England sei fest entschlossen, seine Luftstreitkräfte auf einen Stand zu bringen, der seine Sicherheit garantiere und ihm ermögliche, seinen Verpflichtungen als Mittelpunkt des Empire zu erfüllen.

Vereinigte Staaten.

Der Kriegsminister hat mit der Durchführung des grossen Aufrüstungsprogramms begonnen und zunächst die Lieferung von 80 Bombengrossflugzeugen ausgeschrieben.

Das Kriegsministerium hat 81 Bombenflugzeuge im Gesamtkostenbetrag von drei Millionen Dollars bestellt. Es handelt sich um den Beginn der Durchführung des Luftfahrtprogramms, das die amerikanische Militärluftfahrt auf die gleiche Stufe mit den andern Nationen stellen will.

Die Thomson-Bill, die jetzt dem Militärausschuss des Repräsentantenhauses vorliegt, sieht die Festsetzung des Offiziers- und Mannschaftsstandes des regulären Heeres auf 14,063 Chargen und 165,000 Mannschaften ausschliesslich der «Kundschaftertruppe» in den Philippinen vor. Die jetzige Heeresstärke beträgt rund 12,000 Offiziere und 118,000 Mannschaften einschliesslich der Filippinotruppen.

Marineminister Swanson nahm in einer Erklärung gegen die Forderung Japans auf Flottenparität mit Amerika und England Stellung. Swanson führte aus, dass die Regierung der Vereinigten Staaten eine Erweiterung ihrer Flottenstützpunkte im Pazifik «in Erwägung ziehen» müsste, falls Japan auf seiner Forderung nach Flottengleichheit mit den Vereinigten Staaten bestehen sollte.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, wie der «Daily Telegraph» meldet, ihre sämtlichen im Fernen Osten stationierten Flottenstreitkräfte zurückzuziehen. Auch das in Manila beheimatete asiatische Geschwader soll eingezogen werden, da nach Auffassung der Sachverständigen Manila im Kriegsfall nicht gehalten werden kann. Gleichzeitig soll der Kriegshafen auf den Hawaischen Inseln weiter ausgebaut und zum westlichen Stützpunkt gemacht werden.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Toute reproduction d'article n'est autorisée qu'à la condition de mentionner le titre du journal.